

„Volkszugehörigkeit und Nationalismus: Eine Herausforderung für die Kirchen“

Colombo 15. bis 19. November 1994

Franz Overbeck schreibt vor dem Ersten Weltkrieg: „So unglaublich es auf den ersten Blick erscheinen mag, so kann der Nationalismus der Neuzeit sich noch zur natürlichen Brücke für die Völker auswachsen zu ihrer Rückkehr zum Christentum, sofern das Christentum sich der Schätzung dieser Völker noch empfiehlt, insbesondere als Waffe in ihrem gegenseitigen Hasse und Kampfe und als beste Stütze zu ihrer Nationaleitelkeit“ (Overbeck, Christentum und Kultur, posthum hg. v. C. A. Bernoulli, Basel 1919, S. 256f).

Nach dem Zusammenbruch der Mauer und dem Zurücktreten des Ost-West-Konfliktes lassen die aktuellen Kriege und Pogrome im ehemaligen Jugoslawien, in Ruanda-Burundi, im Süd-Sudan, die Bürgerkriege in Sri Lanka und Guatemala, die ethnischen Konflikte in Fiji und anderswo die Befürchtung entstehen, daß die großen Auseinandersetzungen in der Zukunft entlang den Grenzmarkierungen zwischen Ethnien, Kulturen und Zivilisationen als breitesten Basen der Identitätsbildung stattfinden könnten. Europa hat lange Zeit den Nationalstaat als scheinbar selbstverständliche Form politischer Selbstorganisation vertreten. Der moderne Nationalstaat entstand im Respons auf Erfordernisse der Industrialisierung, der Ausbildung komplexer Bürokratien, der Säkularisierung von Kultur und Religion, der Ausbildung moderner Wirtschaft. Er bricht den vormodernen Anspruch der Religionen, ihren Wahrheitsanspruch direkt in gesellschaftliche Ordnung übersetzen zu können, zapft allerdings zur eigenen Legitimation auch religiöse und andere Traditionen an. Nicht selten appelliert der Nationalstaat an die Vergangenheit, mobilisiert und/oder erfindet Ressourcen der „Ethnizität“ und Religion zur eigenen Legitimierung. Europa hat das Konzept des Nationalstaats in viele Regime des Südens exportiert und als koloniales Erbe hinterlassen. Es ist erstaunlich, wie durchsetzungsfähig dieses Konzept im allgemeinen gewesen ist. Das gilt ungeachtet seiner häufigen Infragestellung. Der Bruch zwischen vormoderner Vergangenheit und Zukunft, zwischen traditioneller Identität und moderner Gesellschaft ist ohne Strategien der Selbstlegitimation nicht zu bewältigen. Nationalismus, Ethnizität und Religion hängen miteinander zusammen. Aber wie? Auch wenn die Antwort auf diese Frage nicht leicht zu ermitteln ist, belegt ein Blick in jede Tageszeitung, daß wir es mit einer gefährlichen Mischung zu tun haben.

Emile Durkheim hat, ausgehend von Überlegungen zur Gesellschaft der australischen Aborigines, gemeint, daß Religion die soziale Ordnung einer gegebenen Gesellschaft symbolisiere, im Ritual dramatisiere und für den Zusammenhalt wie für die Kaschierung des Zwangscharakters einer Gesellschaft unverzichtbar sei (E. Durkheim, *Les formes élémentaires de la vie religieuse*, 1912; *The Elementary Forms of the Religious Life*, London 1915). Das Christentum, wie andere religiöse Traditionen, hat sich immer wieder von solchen gesellschaftlichen Erfordernissen in Anspruch nehmen lassen. Die entstandene Problematik ist nach wie vor nicht nur in Europa aktuell, sondern auch im Süden. Schon Nasser, Nehru und Sukarno

funktionalisierten Religion im Interesse ihres auf unabhängige Nationalstaaten zielenden antikolonialen Kampfes. Andere Gruppen und Ethnien haben im Namen ihrer Selbstbehauptung auf christliche Traditionen zurückgegriffen, eine gefährliche Mischung, wie, um Beispiele zu nennen, die Konstellationen in Fiji und Südafrika belegen können.

Der Reformierte Weltbund, der Ökumenische Rat der Kirchen und der Lutherische Weltbund hatten zu einer Konsultation über die bezeichnete Problematik eingeladen. Sie fand vom 15. bis 19. November 1994 in Sri Lanka statt. Bis zuletzt hatte es wegen der dortigen politischen Spannungen Bedenken gegen Sri Lanka als Tagungsort gegeben. Dennoch fanden sich fast alle eingeladenen TeilnehmerInnen ein. Die Tagung war etwa zu gleichen Teilen von den drei Weltorganisationen besetzt worden mit Delegierten aus Europa (Ungarn, Kroatien, Deutschland, Schweden), aus Kanada, aus Sri Lanka, Fiji, Taiwan, Malaysia (Sabah), aus Australien, aus Kenia, dem Sudan, Nigeria. Es fehlten die Vertreter Guatemalas und Chiles.

Die Erwartungen der Veranstalter zur Konsultation hatten ihren gemeinsamen Nenner zunächst darin, ein Problem, das sich langsam, aber nachdrücklich ins Zentrum ökumenischen Bewußtseins schiebt, zum Gegenstand einer internationalen Beratung zu machen. Das Thema greift einen Faden des konziliaren Prozesses auf und legt die Verknüpfung mit dem gerade inaugurierten Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen gegen Gewalt und Gewaltanwendung frei. Der Reformierte Weltbund, von dem die Initiative für diese Tagung ausgegangen war, zielte auf die Abfassung eines Dokumentes, das auch zustande gekommen ist. Die Studienabteilung des Lutherischen Weltbundes drang nicht primär auf die Abfassung einer Erklärung, sondern auf die Bündelung weit auseinander liegender, kontextueller Erfahrungen zu einem übergeordneten, gemeinsamen Thema. Um es zu wiederholen: Nationalismus, Ethnizität und Religion hängen zusammen. Aber wie?

Die einleitende theoretische Besinnung auf die Beziehung von Religion und Ethnizität in den sich herausbildenden Nationalstaaten im Süden hat nur teilweise zum Erfolg geführt. Wichtig war, daß der Stellenwert und die erstaunlich weite Streuung der Problematik deutlich wurden.

Das wurde auch durch die Serie ausgezeichnete Fallstudien unterstrichen, die während der Tagung vorgetragen wurden.

Fallstudien

Wenige Tage vor Beginn der Konsultation hatte in *Sri Lanka* Frau Kumaratunga Bandaranaike mit überwältigender Mehrheit die Präsidentschaftswahlen gewonnen, und zwar weil die Bevölkerung, eines zermürbenden Bürgerkrieges müde, mit ihrem Namen die Hoffnung verband, es würden vielleicht endlich Friedensgespräche mit der separatistischen, terroristischen Tamil-Befreiungsbewegung (Tamil Tigers) im Norden des Landes in Gang gesetzt werden. Wie immer es künftig um die Erfüllung dieser Hoffnungen bestellt sein mag, Sri Lanka war ein angemessener Kontext für eine Konsultation zu diesem Thema.

Die Briten hatten, um die kontextuelle Problematik kurz anzudeuten, das Land nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem Netz demokratischer Strukturen versehen in

die Unabhängigkeit entlassen. Diese Strukturen trugen bis in die sechziger Jahre, jedenfalls oberflächlich gesehen, einen demokratischen Prozeß. Dann aber zeigte sich, daß der feudalistische Überhang der traditionellen Gesellschaft, die alte, neue Elite, statt diese Strukturen auszubauen, sich ihrer bemächtigte und, statt Machtverteilung weiter voranzutreiben, Macht auf Kosten verschiedener Bevölkerungsgruppen, vor allen Dingen der Tamilen im Norden, monopolisierte. Von innen gesehen handelt es sich um einen Abort des demokratischen Prozesses. Der resultierende Bürgerkrieg wurde nach außen als ein von den Tamilen vom Zaun gebrochener, terroristischer, ethnisch-religiös motivierter Separationskrieg verkauft. Religion ist in dem Konflikt nicht unwichtig (Buddhismus wurde im Prozeß der Machtmonopolisierung zur privilegierten Religion Sri Lankas), aber weder scheint Religion der ausschlaggebende Faktor, noch steht zu erwarten, daß die Vertreter religiöser Hierarchien ausschlaggebend zu der Heilung des Konfliktes beitragen könnten. Ethnizität als Ideologie des Gruppenzusammenhalts hat geschichtliche Wurzeln, die in die Zeit vor dem aktuellen Konflikt zurückreichen; es zeigt sich aber auch, daß Marginalisierungen, Einordnungen in Schubladen und Diskriminierungen Leute dazu bringen, sich als Angehörige einer Gruppe zu sehen, die ein gemeinsames Schicksal teilen. Nachdem die Fremd- und Selbstbestimmungen in einem politischen Konflikt neu und verschärft in Geltung gesetzt worden sind, gewinnen sie ihrerseits leicht handlungsbestimmende Tendenz.

Ungarn – Dr. R. Patkai belegte für Zentraleuropa einen Fall gemäßigter Minoritätenpolitik der ungarischen Regierung. In allen Nachbarstaaten Ungarns leben zum Teil erhebliche ungarische Minoritäten. Das Bemühen, die öffentliche Meinung in Ungarn zu befriedigen und gleichzeitig die kulturellen Bedürfnisse der ethnischen Ungarn im Ausland sensibel aufzugreifen, ohne die Regierungen der Nachbarstaaten zu beunruhigen oder unter Druck zu setzen, weiter das Erfordernis, Stabilität im regionalen Kontext zu fördern, machen die Momente ungarischer Politik in der Region aus.

Ähnlich belegte Frau Prof. Joann St. Lewis aus *Kanada*, daß es dort, ungeachtet bestehender Probleme (schwarze Kanadier, Asylsuchende und ethnische Minderheiten wie Indianer und Eskimos), gelungen ist, die Frage der Beteiligung dieser Menschen und Gruppen in einen öffentlichen Diskurs zu bringen und in den laufenden Prozeß der Revision bestehender Gesetzgebung einzuspeisen. Die bestehenden demokratischen Strukturen werden nicht einfach von der weißen Mehrheit rücksichtslos zum eigenen Vorteil ausgebeutet. Doch auch in Kanada besteht ein Bedarf an dem Ausbau und der weiteren Sicherung von Minoritätenrechten. Die zivile Gesellschaft hat aber Vorkehrungen getroffen, daß diese Minoritäten mit eigener Stimme am öffentlichen Diskurs über die erforderlichen Änderungen in den Gesetzgebungen beteiligt werden. Darin liegt der entscheidende Unterschied zu den meisten anderen Fallstudien, die vorgetragen wurden, beispielsweise *Fiji*.

In *Fiji* hat die bodenständige Bevölkerung der Melanesier die Kontrolle der wirtschaftlichen Belange des Landes ebenso wie den Bereich der Wissenschaft, Bildung, Medien weitgehend an die Inder, Nachgeborene der von Engländern eingeführten Plantagenarbeiter, verloren und ist mittlerweile nahezu zur Minderheit im „eigenen“ Land geworden. Marginalisierte Melanesier verbündeten sich mit den alten feudalistischen Institutionen des Häuptlingstums und mit Sektionen der Methodistischen

Kirche und formen eine faschistoide Ideologie mit den Grundkomponenten Vanua (Land), Matanitu (Häuptlingtum) und missionsgeschichtlich vermittelter Exodus-tradition (wir sind die Leute des Landes; Fiji, unser Kanaan) sowie mit der Armee, um die von der Kolonialverwaltung hinterlassenen demokratischen Institutionen weitgehend oder ausschließlich unter eigener Kontrolle zu halten. Hier werden die konservativen Elemente methodistischen Christentums im Interesse einer bodenständigen ethnischen Gruppe funktionalisiert. In einem sozialen und politischen Konflikt werden zum Teil ererbte Ethnizitäten neu zum Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung. Auch hier kommt es zu einer Ideologisierung von Ethnizität, die nun die gegenseitigen Wahrnehmungen beider Gruppen konditioniert und sie daher auch in ihrem Handeln bestimmt. Für die Kirchen käme es darauf an, einen Prozeß in Gang zu setzen, der nicht einfach Ethnizität analysiert, sondern die dem Konflikt zugrundeliegenden Fragen und in diesem Zusammenhang den Stellenwert ermittelt, den die Kategorie der Ethnizität hat, und den Anteil erhebt, den Religionen an diesem Prozeß haben.

James M. Gatkouth berichtete über die Situation im *Süd-Sudan*, wo sich ein Konflikt zwischen arabisch-islamischem Nationalismus im Norden mit den vielfach christianisierten schwarzafrikanischen Ethnien im Süden seit Jahren hinzieht. Die Engländer hatten schließlich entschieden, die beiden ursprünglich getrennt verwalteten Kolonialgebiete in einen nationalstaatlichen Rahmen einzubringen. Seither ziehen sich Konflikte zwischen dem islamisch-arabischen Norden und dem weitgehend christlichen Süden hin. Versuche, vor allem arabischer Eliten, im Norden einen sudanesischen Nationalismus zu etablieren, waren nie besonders erfolgreich. Der Sudan bleibt fragmentiert. Araber gegen Afrikaner, Muslime gegen Christen, die Leute im Norden gegen die Leute im Süden. Die koloniale Hinterlassenschaft eines gemeinsamen nationalstaatlichen Rahmens kann die Gräben des ethnisch-religiösen/kulturellen Pluralismus bislang nicht überbrücken. Gleichwohl hat der arabisch-islamische Nationalismus im Norden sich bislang als durchsetzungsfähiger erwiesen. Er kontrolliert die bestehenden Machtstrukturen und kann eine einheitliche, wirtschaftliche, integrierende Innenpolitik durchsetzen. Darin hat er einen erheblichen Vorteil gegenüber dem Christentum. Der Islam präsentiert sich, als ob er ohne koloniale Bürde dastehe (Indien, Indonesien werden passenderweise vergessen). So kann er sich als Brücke zwischen vormodernen ethnischen Kommunitäten und modernem Nationalstaat anbieten. Der antikoloniale, antiwestliche Gestus gibt diesem Angebot, jedenfalls bei den Arabern, Plausibilität. In diesem Zusammenhang kommt entscheidend der Unterschied zum Tragen, daß der Islam seine religiöse Vision direkt in soziale und politische Ansprüche für die Ordnung der Gesamtgesellschaft umsetzt, während das Christentum, das seine Vision zunächst in Koinonia, Gemeinde, überträgt, nicht sofort den Entwurf einer gesellschaftlichen Ordnung mitliefert. Der Konflikt über die Einführung oder Nichteinführung der Scharia ist laut Gatkouth entscheidend: Wenn die Scharia eingeführt wird, wird die christliche Gemeinde zum Leben als schweigende Minderheit verurteilt werden. Freilich geht es nicht einfach um einen religiösen Konflikt. Die Sudanesen im Süden kämpfen für ein System, das ihre kommunalen Identitäten erhält, das ihnen eine Mitbestimmung bei Fragen erlaubt, die ihre eigene Zukunft betreffen, kurz, das ihnen ihre eigene Stimme läßt. Eine friedliche Lösung des Konfliktes scheint weit

entfernt. Sowohl vom Ökumenischen Rat der Kirchen als auch von der EKD hat es Delegationsbesuche gegeben. Die Einwirkungsmöglichkeiten von außen sind offensichtlich sehr begrenzt. Das ist eine wichtige Erinnerung an die bescheidenen Möglichkeiten ökumenischer Solidarität.

Der Bericht über den Sudan ebenso wie ein anderer Bericht von Dr. Ben Naanen über *Süd-Nigeria* eröffnen für die Außenseiter zunächst keine Möglichkeit der Partizipation und der ökumenischen Solidarität. Sie fordern nichts anderes als aufmerksames Hören und Schweigen. „Wir“ stehen nicht an deren Platz, und alle Rhetorik ökumenischer Solidarität ist in diesen Fällen nur geeignet, die unverwechselbare Behaftung dieser Minderheiten an ihrem Ort und die Ausweglosigkeiten mancher Situationen zu verdecken. In dieser Hinsicht bestehen zwischen den Situationen im Süd-Sudan und jener in Fiji gewiß erhebliche Unterschiede. In Fiji gibt es Möglichkeiten für Außenseiter, konstruktiv mitzuwirken (ökumenische round table-Gespräche, Förderung des Dialogs durch den Nationalen Kirchenrat in Fiji etc.).

Die Katastrophen von Ruanda-Burundi, die erheblichen Konflikte der ehemaligen Sowjetunion (Armenien/Nagorni, Karabach/Aserbaidschan), die Konflikte in Jugoslawien oder auch in Indien (Nordstaaten) geben Hinweise, daß wir in kommenden Zeit weiter damit zu rechnen haben, daß an den Grenzlinien von Ethnien, Kulturen und Zivilisationen Bruchstellen liegen, die in Konflikte explodieren können, wenn zu ökonomischer Deprivation und Machtgier der Eliten eine durch Religion und Rassismus aufgeladene Ideologie tritt. Die Kirchen sind davon betroffen, weil die Christenheit in allen Kulturen und Subkulturen präsent ist und die Spannungen zwischen Kirchen infolgedessen oft nicht weniger gering sind als die zwischen Gesellschaften und Kulturen. Das unterstreicht den Stellenwert der Thematik Kultur und Evangelium, die innerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen angesponnen wurde, um auf die nächste Weltmissionskonferenz hinzuführen. Christen werden Christen im Rahmen kultureller Kontexte und durch die kontextuell vorgegebenen kulturellen Medien. Zugleich ist deutlich, daß Christsein als ein Leben im Geiste Jesu sich nicht einfach kulturellen Rahmenvorgaben anpassen kann. *Wie also steht es um die Möglichkeit, Christ im Kontext zu sein, zugleich aber aus einem Fundus gemeinsamer christlicher Überzeugungen Kontext zu transzendieren und Kontextdistanz zu üben?*

Das war die Frage, mit der Prof. Miroslav Volf aus Pasadena, Kalifornien, in seinen theologischen Perspektiven zur Thematik befaßt war. Er schlägt eine Fortführung von Barmen auf ökumenischer Ebene vor, in der die Christen gemeinsam die falsche Lehre zurückweisen, als ob die Kirche Loyalität gegenüber lokalen Kulturen und Nationen über die Loyalität stellen könnte, die sie der ökumenischen Christenheit und gegenüber dem Christusbekenntnis schuldet. Volf schlägt vor, die kategoriale Gegenüberstellung der Befreiungstheologie „Unterdrückung – Befreiung“ aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Diese Kategorien sind inadäquat, ja „schädlich“, sobald sie auf sozio-ethnische Konflikte angewandt werden. Sowohl die Hutus als auch die Tutsis, sowohl die Kroaten als auch die Serben verstehen sich als unterdrückt und an einem Befreiungskampf beteiligt. Die Kategorien Unterdrückung und Befreiung versehen sie mit den moralischen Waffen, die ihre Kämpfe so tödlich machen. Die Kategorie der Befreiung hilft wenig, die Aufgabe der Versöhnung in ihren Horizont zu holen. Daher schlägt Volf vor, statt dessen die Kategorien „Aus-

schließung – Annahme“ einzuführen und eine *Theologie der Annahme* zu entwerfen (vgl. Volf, Journal of Ecumenical Studies 29, 2, 1992). Die Vernichtung der anderen wurde seit den Tagen des Cortez immer wieder auf der Basis ethnischer Ideologien gerechtfertigt, die die anderen zunächst dehumanisierten, um sie anschließend erobern, beherrschen und vernichten zu können. Die vorauslaufende Dehumanisierung rechtfertigt dann die Vernichtung von Juden, weil sie Juden waren, oder der Hutu, weil sie Hutu waren. Volf will die Kategorie der Ethnizität nicht einfach als ein Konstrukt verstehen, das in sozialen und politischen Konflikten kreiert wird, um für Scheinlegitimationen zu sorgen. Er sieht Ethnizität zunächst durchaus als eine positive Kategorie, als einen Ausdruck für einen Horizont, innerhalb dessen Menschen ihre Identität auf regionaler Basis etablieren (Religion, Territorialität, gemeinsame Sprache, Hypothesen gemeinsamer Herkunft und gemeinsamer Geschichte etc.). Er plädiert aber in dieser Zeit massiven Mißbrauchs der Kategorie der Ethnizität dafür, das Versöhnungspotential der christlichen Tradition zu mobilisieren. Das Motiv der Neuschöpfung, in Kreuz und Auferstehung verankert, transzendiert die Unterschiede zwischen Juden und Griechen, Männern und Frauen, Freien und Knechten, transzendiert die Ambivalenzen ethnischer Gruppenidentitäten. Die Geschichten von Pflingsten und von Babel gelten gleichzeitig. *Das Wunder von Pflingsten liegt darin, daß es inmitten kultureller und sprachlicher Heterogenität eine universale, weltweite Verständigung, eine universale Intelligibilität ermöglicht.*

Soweit zum theologischen Impuls auf dieser Tagung.

Herausforderungen für die Kirchen

Die Konferenz sprach eine Reihe von *Empfehlungen* aus. Darunter die, die Problematik der Ethnizität in den Curricula theologischer Ausbildung und im Rahmen gemeindepädagogischer Programme in kritischer Selbstprüfung eigener Schriftauslegung und Praxis aufzugreifen.

Manche praktischen Vorschläge blieben, so richtig sie sind, blaß, wie z. B. die, daß Kirchen und Kirchengemeinden Minoritätengruppen Raum geben und Möglichkeiten zur Begegnung schaffen, Aufmerksamkeit für die Schwachen nach außen kultivieren und Aktionsgruppen, die sich mit der Minoritätenproblematik befassen, unterstützen.

In der Diskussion wurde noch ein wichtiger Hinweis, jedenfalls für Europa, gegeben. Der Europarat hat sich auf seiner Sitzung in Wien im Oktober 1993 mit der Frage des Schutzes von Minderheitenrechten in Europa befaßt und den Schutz von Personen, die ethnischen Minderheiten angehören, sich angelegen sein lassen. Gleichheit vor dem Gesetz, Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, Freiheit der Versammlung und Freiheit, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen, die Freiheit, die eigene Religion und kulturelle Besonderheiten zu pflegen, sollten ihren Niederschlag in der Gesetzgebung finden. Die europäischen Staaten haben einen Rahmen entworfen, der entsprechende Leitlinien für die Gesetzgebung vorsieht und schließlich auch die Institutionalisierung eines Überwachungs- oder Kontrollapparates vorgeschlagen. Diese Vereinbarung ist von allen Staaten der Europäischen Union mit Ausnahme Italiens unterschrieben worden. Eine europäische Konvention über die Grundrechte europäischer Minderheiten liegt in fünf Sprachen vor (Wien 1993).

Damit wird die Tradition fortgeführt, die mit der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten vor 40 Jahren in Kraft gesetzt wurde. Es gibt auch in Europa mehr als 200 Minoritätengruppen. Die Ungarn haben mittlerweile ein eigenes Gesetz zum Schutz nationaler Minderheiten erlassen (Juli 1993), das diese Anregungen wesentlich berücksichtigt.

Im Blick auf die genannten Konflikte, z. B. in Fiji oder im Sudan, bleibt m. E. folgendes zu bedenken: Es geht für die Kirchen zunächst nicht darum, wie das Schlußdokument meint, Ethnizität besser zu verstehen. Es geht darum, Konflikte zu verstehen und dann Ethnizität. Welche Mechanismen produzieren „ethnische“ Konflikte? Und was ist vorausgegangen, wenn Gruppen, die nebeneinander und miteinander leben (manchmal mehr recht als schlecht), dazu kommen, dieses delikate Nebeneinander für nicht mehr zumutbar zu halten? Wer mobilisiert die Kategorie der Ethnizität in einem sozio-politischen Konflikt? Damit ist nicht nur ein Thema kirchlicher Selbstprüfung angesprochen, sondern auch eine dornenvolle Aufgabe interreligiösen Dialogs.

Freilich ist auch zu bedenken, daß dort, wo es zu offenen Konflikten kommt, bislang verborgen liegende Identitäten und Identitätszuschreibungen virulent werden. Die ethnische „Erweckung“, die den Globus wie Vulkaneruptionen markiert, hat mit den Prozessen der Herausbildung von Nationalstaaten zu tun. Die Herausbildung dieser größeren politischen Rahmen tendiert dahin, kleinere Gruppen zu entmachten. Ethnische Konflikte sind Reflexionen politischer Zentralisierungsprozesse.

Die politischen Eliten haben einen Vorteil. Ihre Aspirationen können sie über eine hochdifferenzierte Bürokratie, staatliche Institutionen (Parlament, Steuergesetzgebung, Polizei etc.) durchsetzen (Beispiele: Fiji; Sri Lanka). Die ethnischen Minderheiten sind demgegenüber benachteiligt. Sie verfügen nicht über diesen Grad an Institutionalisierung. Das fördert die Tendenz, auf ethnische Vorgaben und auf religiöse Vorgaben zurückzugreifen, um die Angehörigen der eigenen Gruppe im Interesse des Überlebens zu mobilisieren.

Bei der Analyse von Konflikten ist es für die Kirchen wichtig herauszufinden, wie die Beteiligten ihre Interessenlagen definieren, und zu klären, wo sie selber stehen. Weiter, wie nehmen sie sich selber wahr, wie nehmen sie die anderen wahr? In konkreten Konflikten handeln die Beteiligten zunächst entsprechend diesen vorgegebenen ethnischen Deutemustern. Ihre Handlungen werden konsistent mit diesen Vorgaben sein. Die Aufgabe kirchlicher Bildungsarbeit muß an diesem Punkt einsetzen: Hinterfragung der Wahrnehmung des anderen. Die Separationskriege in Afrika, Asien, den Philippinen, in Sri Lanka und Ozeanien fordern im Namen von Ethnizität die Umverteilung ökonomischer und politischer Macht. Die ökonomischen Aspekte sind dabei ausschlaggebend. In diesen Konflikten werden dann symbolische Repräsentationen von Gruppenidentität (wie kollektive Erinnerungen etc., Vorstellungen von Territorialität, Poetik der Landschaft) virulent und ökonomische Interessen mit emotionalen Bindungen verknüpft. Diese Mischung gibt ethnischen Bewegungen eine Durchschlagskraft, die anderen Verbänden, z. B. den Gewerkschaften, fehlt.

Wenn der 1. Petrusbrief die Christen als Volk Gottes anspricht, dann kann dies gerade nicht als Parallele zu einem Volksorganismus verstanden werden. Was die Christen zusammenhält und was sie unter Zerreißproben stellt, läßt sich nicht als

Volksgemeinschaft auffassen, sondern als Geistgemeinschaft (vgl. Overbeck, Christentum und Kultur, S. 95ff). Darin liegt vielleicht ein ausschlaggebender Grund für den Konflikt der alten Kirche mit dem römischen Staat und Kaiserkult, insofern als dieser die Loyalität zu einem Staatsorganismus verlangte. Wo das Christentum sich gefangennehmen läßt von nationalen und ethnischen Ansprüchen, muß es zur Kulturreligion verkommen, zu einem Kulturchristentum, das sich von der Welt hat erobert lassen (vgl. Röm 12,2), statt darauf zu vertrauen, daß die ökumenische Virulenz, die einem Leben im Geiste Jesu innewohnt, ihre eigene, freilich machtlose Zukunft hat.

Theodor Ahrens

Neue Wege der Umsetzung ökumenischer Studienergebnisse

Die Beschäftigung mit Santiago in der deutschen Ökumene

Immer wieder wird über die mangelnde Rezeption ökumenischer Studienergebnisse geklagt, aber nur selten werden konkrete Schritte zur wirksamen Behebung dieses Defizits unternommen. Deshalb ist es erfreulich, daß die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) nach der Fünften Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung (Santiago de Compostela 1993) versucht haben, neue Wege zur Vermittlung und Umsetzung der Konferenzergebnisse zu finden.

Den ersten Schritt vollzog die EKD mit einer europaweit und interkonfessionell besetzten Konsultation, die vom 9. bis 11. Februar 1994 in Bad Boll stattfand. Teilnehmer der Weltkonferenz und Vertreter der verschiedenen Kirchen beschäftigten sich mit dem Thema „Impulse aus Santiago de Compostela. Konsequenzen der Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung für unsere Kirchen.“¹ Die Diskussionen in Bad Boll verliefen sehr motiviert und führten zu ermutigenden Ergebnissen, was nicht zuletzt darauf beruhte, daß sich die Mehrzahl der Konsultationsteilnehmer bereits vor der Weltkonferenz zu einer Konsultation in Erfurt zusammengefunden hatte, um Voten der EKD-Gliedkirchen sowie verschiedener anderer Kirchen zu beraten und die Teilnahme der Delegierten an der Weltkonferenz inhaltlich vorzubereiten.² Die breit gestreute Partizipation an der Vorbereitung der Weltkonferenz ermöglichte das entsprechende Interesse an der Rezeption und an der konkreten Umsetzung der Konferenzergebnisse.

Die konkrete Umsetzung der Konferenzergebnisse

Das bei der Vorbereitung der Weltkonferenz geweckte Interesse an ihrer Nachbereitung bildet die Voraussetzung für die Bereitschaft, sich der Aufgabe zu stellen, die in der Botschaft der Weltkonferenz hinsichtlich der erzielten Ergebnisse zum